



1/SN-180/ME 1 von 4

**Amt der Tiroler Landesregierung**  
Präs. Abt. II - 21/528

A-6010 Innsbruck, am 6. August 1985  
Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 151  
Sachbearbeiter: Dr. Schwamberger

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Stubenring 1  
1010 Wien

SETZUNGS-  
69-GE/19-85  
Datum: 9. AUG. 1985  
Verteilt 12. AUG. 1985  
Walt

Dr. Hapfel

Betreff: Europäisches Abkommen über Soziale Sicherheit;  
Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes  
betreffend Änderung der Anhänge;  
Stellungnahme

Zu Zahl 24.821/1-2/85 vom 18. Juli 1985

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes,  
mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Erklärung ein-  
zelner Bestimmungen des Europäischen Abkommens über Soziale  
Sicherheit und der Zusatzvereinbarungen hiezu zu Verfassungs-  
bestimmungen geändert wird, werden keine Einwendungen erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem  
dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektor-  
stellvertreter

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen  
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien  
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien  
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen  
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h  
Landesamtsdirektor -  
Stellvertreter

F.d.R.d.A.:



**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt. II - 21/528

A-6010 Innsbruck, am 6. August 1985

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 151

Sachbearbeiter: Dr. Schwamberger

An das

Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1

1010 W i e n**Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.**

Betreff: Europäisches Abkommen über Soziale Sicherheit;  
Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes  
betreffend Änderung der Anhänge;  
Stellungnahme

Zu Zahl 24.821/1-2/85 vom 18. Juli 1985

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes,  
mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Erklärung ein-  
zelner Bestimmungen des Europäischen Abkommens über Soziale  
Sicherheit und der Zusatzvereinbarungen hiezu zu Verfassungs-  
bestimmungen geändert wird, werden keine Einwendungen erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem  
dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h

Landesamtsdirektor-  
stellvertreter

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen  
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien  
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien  
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen  
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Z e b i s c h  
Landesamtsdirektor -  
Stellvertreter

F.d.R.d.A.:

*G. Schwanthaler*